
FDP im Römer

RÖMERUPDATE MAI 2026

22.05.2026

Liebe Leserinnen und Leser, die jüngste Stadtverordnetenversammlung hat gezeigt, wie viel in Frankfurt gleichzeitig auf dem Spiel steht: die Sicherheit im Bahnhofsviertel, die Sanierung der Kleinmarkthalle, eine zukunftsfähige Wärmeplanung, die Umsetzung längst beschlossener Verkehrsmaßnahmen, der Ausbau der Europäischen Schule und die Frage, wie Frankfurt echten Wohnraum schafft, statt ihn nur umzuetikettieren. Als Freie Demokraten haben wir zu all diesen Themen klare Positionen bezogen: pragmatisch, technologieoffen und immer mit Blick auf die Menschen und das Gewerbe in unserer Stadt. Die folgenden Beiträge geben einen Überblick über unsere Positionen und Redebeiträge.

Ihr Sebastian Papke
Fraktionsvorsitzender

Die Stadtverordnetenversammlung hatte 2025 Aufträge mit klarer liberaler Handschrift erteilt: Zur Berliner Straße, zur Eschersheimer Landstraße und zum Bahnhofsviertel. Und was ist passiert? Zu wenig. Sebastian Papke machte in seiner Rede deutlich, dass der vorgelegte Bericht keine neuen Erkenntnisse, keine belastbaren Zeitpläne und keine Antworten auf die zentralen Fragen liefert. Politisches Steuern sieht anders aus. Unser Antrag, der nun als Prüf- und Berichtsauftrag beschlossen wurde, ist ein erster Schritt: Der Magistrat muss nun Klarheit zum Stand der Maßnahmen, zu konkreten Zeitplänen und zur Umsetzung des Umfahrungskonzepts für das Bahnhofsviertel vorlegen. Bereits heute zeigen sich Verlagerungseffekte durch die Sperrung der Karlstraße; die Belastung weitet sich aus und wird durch weitere Baustellen und das neue Crackzentrum in der Niddastraße 76 noch zunehmen. Genau deshalb hatten wir für diesen Standort unser Veto eingelegt. Diese Bedenken waren berechtigt. Ein Prüfbericht seitens des Magistrats

ist aber noch kein Ergebnis. Frankfurt braucht Umsetzung, Steuerung und Verantwortung.

Isabel Schnitzler zeichnete in ihrer Rede ein eindringliches Bild der Lage im Bahnhofsviertel: Durch zahlreiche Baustellen und Straßensperrungen in der Poststraße, der Moselstraße, der Kaiserstraße und vor allem der Karlstraße verdichten sich die Probleme immer weiter. Touristen bezeichnen das Viertel als „Zombieland“, Unternehmer bangen um ihre Existenz, weil Gastronomie und Gewerbe kaum noch Kundschaft anziehen können, und viele Menschen fühlen sich auf den Straßen nicht mehr sicher. Das sind keine Übertreibungen, das sind reale Probleme. Wir fordern mehr Reinigung und verstärkte Polizeipräsenz, die konsequente Unterbindung des offenen Drogenkonsums und, vor allem, konkrete Alternativkonzepte, wenn Straßen gesperrt und Baustellen errichtet werden. Wir wollen dem menschlichen Elend entgegenwirken: Suchtkranken echte Hilfe anbieten und gleichzeitig den öffentlichen Raum zurückgewinnen. Das Bahnhofsviertel darf kein Symbol des politischen Wegsehens bleiben. Frankfurt muss zeigen, dass es Probleme lösen kann, dafür kämpfen wir als Freie Demokraten.

Die Kleinmarkthalle ist kein gewöhnlicher Ort, sie ist das Herz der Frankfurter Innenstadt, ein Stück Stadt, das man riechen, hören und schmecken kann. Nathaniel Ritter betonte in seiner Rede, dass die laufende Sanierung nicht zu früh kommt, sondern viel zu spät. Über Jahrzehnte wurde repariert, überbrückt und verschoben; das Gebäude aus dem Jahr 1954 trägt technische Altlasten, die in keinem ursprünglichen Plan stehen. Wir würdigen ausdrücklich den Mut der zuständigen Dezernentin Stephanie Wüst, die Versäumnisse vergangener Jahrzehnte nicht weiter zu verwalten, sondern endlich anzupacken. Für die laufende Bauphase liegen sämtliche Konzepte zu Baustellenlogistik, Hygiene, Brandschutz und Verkehrsbetrieb vor und werden fortlaufend weiterentwickelt. Baustellenverkehr und Lebensmittelanlieferungen werden konsequent getrennt, Lieferzonen wurden sogar erweitert. Komplexe Sanierungen erfordern eine moderne, serviceorientierte Verwaltung, keine politische Empörung, sondern seriöse Projektsteuerung. Die Kleinmarkthalle ist kein nostalgisches Relikt, sondern die Zukunft

unserer Innenstadt.

Wir begrüßen, dass Frankfurt die kommunale Wärme- und Energieplanung ernsthaft vorantreibt, knüpfen diese Unterstützung aber an klare Anforderungen. Sebastian Papke machte deutlich, dass eine gute Wärmeversorgung vor allem Planungssicherheit schaffen, technisch umsetzbar und technologieoffen sein muss. Eigentümer, Verwalter und Mieter brauchen Klarheit darüber, welche Wärmeversorgung in welchem Stadtteil künftig realistisch ist. Unsicherheit ist keine Orientierung. Besonders kritisch bewerten wir den Umgang mit dem Müllheizkraftwerk: Es deckt heute rund ein Viertel der Frankfurter Fernwärme, wird im Entwurf aber als Baustein eines klimaneutralen Szenarios behandelt, ohne nachvollziehbar zu benennen, wie und wann diese Klimaneutralität erreicht werden soll. Gleichzeitig setzt der Entwurf faktisch auf mehr Müllverbrennung, ein offensichtlicher Widerspruch zur städtischen Zero-Waste-Strategie, die auf weniger Restmüll und mehr Recycling setzt. Ein Plan, der sich an zentraler Stelle selbst widerspricht, schafft kein Vertrauen. Wir fordern deshalb einen breiten, technologieoffenen Ansatz, öffentliche Protokolle des begleitenden Beirats sowie eine externe Aufsicht. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob die Notstromaggregate der Frankfurter Rechenzentren perspektivisch zur Spitzenabfederung und Netzstabilität beitragen können.

Frankfurt wächst, und mit ihm die Europäische Schule. Die prognostizierten Schülerzahlen steigen auf bis zu 2.550, nicht zuletzt weil weitere europäische Institutionen wie die AMLA erfolgreich nach Frankfurt akquiriert wurden. Die Kapazitäten am bisherigen Standort am Praunheimer Weg sind längst erschöpft. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass mit dem Magistratsvortrag M 70 die Errichtung eines Erweiterungsbaus in Holzmodulweise auf den Weg gebracht wird, der der Schule bis zum Umzug auf das Gelände der Bundesbank rund 7.600 Quadratmeter zusätzliche Nutzfläche verschafft. Das ist eine gute Nachricht für den Finanzplatz Frankfurt. Wer internationale Institutionen und Unternehmen anzieht, muss auch die Infrastruktur für deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereitstellen, dazu gehört eine leistungsfähige europäische Schule. Zugleich

verbindet die Stadtverordnetenversammlung diesen Beschluss mit der klaren Erwartung, dass die Gespräche zum dauerhaften Standort auf dem Gelände der Bundesbank zügig voranschreiten, damit die Europäische Schule endlich die langfristige Lösung bekommt, die sie verdient.

In der aktuellen Stunde wurde erneut das Thema Sozialwohnungen debattiert. Den Anspruch der Linken, das Budget für den Erwerb von Belegungsrechten bei der ABG Holding auf 11 Millionen Euro jährlich zu erhöhen, löst das Grundproblem nicht. Denn dabei entsteht keine einzige neue Wohnung. Was hier als Fortschritt verkauft wird, ist schlicht die Umwidmung bereits bestehender ABG-Wohnungen: Dieselben vier Wände, nur mit neuem Etikett. Der Wohnraum, den Frankfurt dringend braucht, entsteht dadurch nicht. Wer den Wohnraummangel ernsthaft bekämpfen will, muss bauen: Mehr, schneller und ohne ideologische Scheuklappen. Wir setzen auf die Ausweisung neuer Bauflächen, den Abbau bürokratischer Hemmnisse, die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und marktwirtschaftliche Anreize für private Investoren. Statt Objektförderung, die nur wenige Glückliche erreicht, brauchen wir Subjektförderung, die gezielt einkommensschwache Haushalte unterstützt und ihnen Zugang zum freien Wohnungsmarkt ermöglicht.